

RS Lvwg 2019/3/29 VGW- 151/019/9846/2018

JUSLINE Entscheidung

© Veröffentlicht am 29.03.2019

Rechtssatznummer

4

Entscheidungsdatum

29.03.2019

Index

41/02 Passrecht Fremdenrecht

40/01 Verwaltungsverfahren

10/01 Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG)

Norm

NAG §25 Abs1

NAG §52 Abs1 Z3

NAG §54 Abs1

NAG §54 Abs2 Z2

NAG §55 Abs1

NAG §55 Abs2

NAG §55 Abs3

VwGVG §8 Abs1

VwGVG §8 Abs2

B-VG Art. 130 Abs1 Z3

Rechtssatz

Die belangte Behörde hat, nachdem sie zur Auffassung gelangt ist, dass im Hinblick auf die Beschwerdeführerin die Voraussetzungen für das unionsrechtliche Aufenthaltsrecht nicht vorliegen, einen der Veranlassung eines Verfahrens gemäß § 55 Abs. 3 NAG entsprechenden Akt gesetzt, indem sie mit den beiden Schreiben vom 22. Februar 2018 sowohl das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl als auch an die Beschwerdeführerin herangetreten ist. Durch diese Maßnahme hat die belangte Behörde eine Fristhemmung im Sinne des § 55 Abs. 3 NAG ausgelöst.

Schlagworte

Unionsrechtliches Aufenthaltsrecht; Dokumentation; Aufenthaltskarte; Unterhaltsleistung; Entscheidungsfrist; Säumnisbeschwerde; Fristenhemmung; anhängiges Verfahren

European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:LVWGWl:2019:VGW.151.019.9846.2018

Zuletzt aktualisiert am

29.04.2019

Quelle: Landesverwaltungsgericht Wien LVwg Wien, <http://www.verwaltungsgericht.wien.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

www.jusline.at